

Freihandel als Funktion des Politischen: PACER Plus und australische Sicherheitsinteressen

Andreas Holtz*

English title: PACER Plus and Australian security interests

Abstract: The WTO's global trade regime sets out to achieve global reach which is reflected in local Free Trade Agreements (FTA). The text discusses this, using Oceania as a case study to demonstrate the potential political instrumentalization of FTAs among asymmetrical partners. The regional FTA Pacific Agreement on Closer Economic Relations (PACER) Plus is factually a part of the Pacific Plan for Strengthening Regional Cooperation and Integration which – apart from its economic aspects – expressly shows a political dimension through its additional core targets of good governance and security and thus contains the potential political instrumentalization of FTAs. PACER Plus is assumed to have caused negative economic consequences for the Pacific Island States (PIS); simultaneously Australia's influence is likely to grow through the probable increase in economic dependencies. This intentional rise in influence serves to stabilize the regional system and thus Australian security interests in the face of China's growing regional involvement and of the internal political instability of the PIS. Australia's regional economic and trade policy is thereby being instrumentalized for security-political purposes.

Keywords: Oceania, Australia, Free Trade, Security Policy, Political Exploitation

Stichwörter: Ozeanien, Australien, Freihandel, Sicherheitspolitik, politische Instrumentalisierung

1. Einleitung

Das Welthandelsregime der *World Trade Organization* (WTO) propagiert den weltweiten Freihandel. Diese grundsätzliche Ausrichtung ist die konstitutionelle Grundlage für regionale Freihandelsabkommen (FHA). Im Weiteren soll dies anhand einer Fallstudie über die Fokusregion Ozeanien diskutiert werden, um das politische Instrumentalisierungspotenzial von Freihandelsabkommen unter asymmetrischen Partnern aufzuzeigen. 2002 trat das *Pacific Agreement on Closer Economic Relations* (PACER, PIF 2001) in Kraft, das als Rahmenvereinbarung für das Freihandelsabkommen PACER Plus gilt und sich gegenwärtig im Status der Ratifizierung befindet. PACER Plus ist faktisch Teil des *Pacific Plan for Strengthening Regional Cooperation and Integration* (*Pacific Plan*, PIF 2007), der neben ökonomischen Aspekten mit den weiteren Kernzielen *good governance* und Sicherheit ausdrücklich auch eine sicherheitspolitische Dimension aufweist, die das Potenzial zur politischen Instrumentalisierung von Freihandelsabkommen beinhaltet.

Die sicherheitspolitischen Ziele des *Pacific Plan* basieren vor allem auf der Biketawa-Erklärung des *Pacific Islands Forum* (PIF, PIF 2000), die (militärische) Interventionen als in der Erklärung nicht weiter definierte „targeted measures“ im Rahmen einer *responsibility to protect* erlaubt, sofern betroffene Regierungen darum bitten oder sofern das PIF in „times of crisis“ mit einem ausreichenden Konsens (und nicht mehr wie vorher im vollen Konsens) die Notwendigkeit zur Intervention als *Ultima Ratio* auch gegen den Willen des betroffenen Staates feststellt¹. Zu Interventionen in Ozeanien sind faktisch nur Australien und Neuseeland in der Lage. Vor allem Australien begründet

die Notwendigkeit zu intervenieren mit Bedrohungen für die Region, die sich aus Staaten ergeben können, die ihre staatlichen Funktionen mangels unzureichender Kapazitäten kaum wahrzunehmen in der Lage sind und bspw. nicht verhindern könnten, als Stützpunkt für international agierende Terroristen zu dienen. Obgleich formal multilateral angelegt, verfolgt Australien hier nationale Sicherheitsinteressen, sodass die pazifischen Inselstaaten (PIS²) dem Maßnahmenkatalog der Biketawa-Erklärung trotz formaler und angesichts der bestehenden Asymmetrien wenig überraschenden Billigung nicht unkritisch gegenüberstehen. Um eine notwendige Kooperationsbereitschaft zu erzeugen, müssen die PIS entsprechend motiviert werden. In diesem Zusammenhang lässt sich hier die Annahme aufstellen, dass die Effekte eines vor allem australisch dominierten regionalen Freihandels auch sicherheitspolitischen Interessen Canberras dienen. Vor diesem Hintergrund soll hier hinterfragt werden, unter welchen Bedingungen eine Instrumentalisierung der Ökonomie für sicherheitspolitische Ziele erfolversprechend sein kann. In der Folge lässt sich die These aufstellen, dass Australien neben dem konstitutionellen Umbau des PIF als der zentralen regionalen Institution ebenso (militärische) Interventionen und die Option einer freihandelsbedingt stärkeren wirtschaftlichen Abhängigkeit der pazifischen Inselstaaten von Australien nutzt, um die eigene Position als regionale Führungs- und globale Mittelmacht (Carr 2014:81) zu festigen.

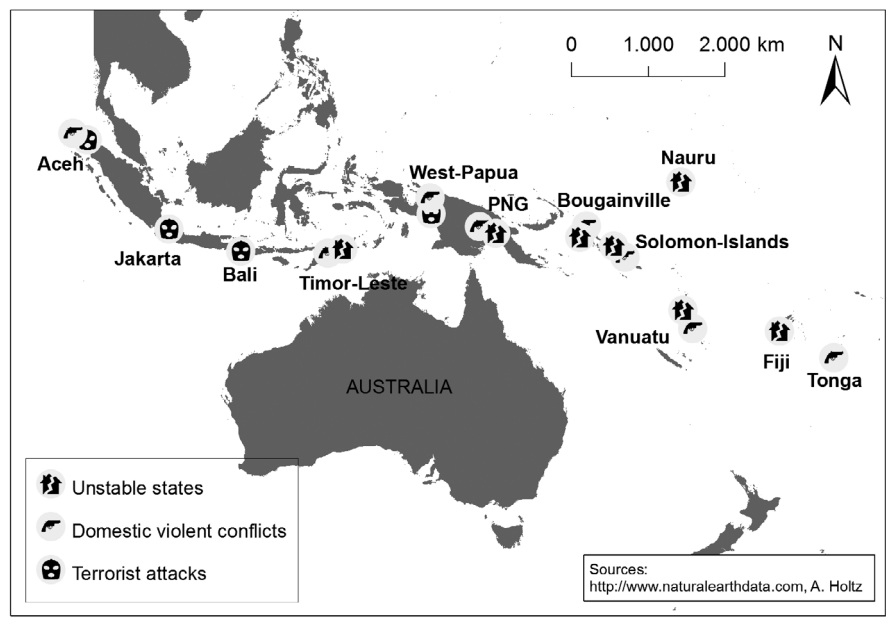
Ozeanien ist durch Asymmetrien zwischen der Regionalmacht Australien (in geringem Ausmaß auch Neuseeland) und den

2 Zu den pazifischen Inselstaaten gehören: Fidschi (Unabhängigkeit 1970), Kiribati (1979), Marshallinseln (1986), Föderierte Staaten von Mikronesien (1986), Nauru (1968), Palau (1994), Papua-Neuguinea (PNG, 1975), Samoa (1962), Salomonen (1978), Tonga (1970), Tuvalu (1978) und Vanuatu (1980). 2018 steht im französischen Überseegebiet Neukaledonien ein Unabhängigkeitsreferendum an. Im Juni 2019 sollen die Bewohner/-innen der bislang zu PNG gehörenden Insel Bougainville über ihre Souveränität abstimmen. Alle bislang souveränen pazifischen Inselstaaten sind Mitglied des PIF, dem darüber hinaus auch Australien und Neuseeland sowie die beiden mit Neuseeland assoziierten Gebiete Niue und Cook Islands angehören, die innere Selbstbestimmung genießen, jedoch unter der Suzeränität Neuseelands stehen.

* Dieser Beitrag wurde anonym begutachtet (double-blind peer reviewed).

1 „Yet the declaration does not specify its basic principles as to the conditions and consequences of their application, but leaves this to the discretion of the Forum leaders. This poses the risk that their decisions under the declaration appear primarily politically motivated, thus rendering these decisions tenuous. Corresponding criticism especially relates to Australia's and New Zealand's de facto dominance and resulting supremacy of interests within the Forum“ (Blatt 2016:193).

Abbildung 1: Konflikte in Australiens Nachbarschaft (aus Holz 2016:77)



pazifischen Inselstaaten geprägt. So beträgt z. B. das Verhältnis der Im- und Exporte zwischen Australien und allen pazifischen Inselstaaten zusammen 33:1 (Importe) bzw. 37:1 (Exporte). Bei den Ausgaben für die Verteidigung liegt es gar bei 159:1.³ Bedingt durch diese Dominanz galt das regionale politische System als hierarchisch und stabil. Erste Anzeichen für eine Destabilisierung zeigten sich zunächst in den internen Konflikten der australischen Nachbarstaaten (siehe Abbildung 1).

Zudem wird die hierarchische Stabilität der Region durch die zunehmende wirtschaftliche, politische und militärische Präsenz Chinas bedroht.⁴ China entzieht Australien die für eine regionale Führungsmacht konstitutive Gefolgschaft und destabilisiert somit das politische Regionalsystem, indem es den pazifischen Inselstaaten über Transferzahlungen und durch die Unterstützung des *Pacific Islands Development Forum* (PIDF, <http://pacificidf.org/>) eine Alternative zur Dominanz Australiens in der Region und im PIF bietet. Die pazifischen Inselstaaten sind damit in der Lage, das politische und wirtschaftliche Gewicht Chinas zu nutzen und Australiens Vormacht auszubalancieren (Dornan/Brant 2014:361).

Die Instrumentalisierung der Ökonomie für politische Zwecke in der Region ist nicht neu, wobei sich aber die Methoden gewandelt haben. Der Deregulierungsimperativ des Welthandels, der nicht zuletzt durch das Abkommen von Cotonou zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Afrika-Karibik-Pazifik-Staaten (AKP-Staaten) 2002 formal beschlossen wurde,

³ Quellen: CIA World Factbook, Weltbank und lokale Statistiken.

⁴ Die Gründe für Chinas regionale Präsenz liegen vor allem in Pekings Ein-China-Politik und der daraus folgenden diplomatischen Rivalität zwischen China und Taiwan; China will sich den Zugang zu regionalen Ressourcen vor allem im rohstoffreichen PNG sichern und im Rahmen der Rivalität zu den USA den Pazifik militärisch effektiver kontrollieren. China baut daher seine Hochseeflotte aus und versucht, die pazifischen Inselstaaten sicherheitspolitisch an sich zu binden. Chinas Militärstrategie ist seeseitig durch verschiedene *island chains* gesichert. Die sogenannte *third island chain* beinhaltet im Süden Samoa und Tonga. Australien reagiert mit dem Kauf von zwölf U-Booten im Wert von rund 35 Mrd. € (Stewart 2016).

führte auch in Ozeanien zu einer Zäsur. Galt früher die Maxime, dass sich Australien Sicherheit durch Transferleistungen sowie nicht-reziproken regionalen Handel verschaffte und damit die hierarchische Regionalstruktur festigte, steht PACER Plus für eine regionale Wirtschaftsintegration über reziproken Handel, was die Bindung der pazifischen Inselstaaten an Australien und die damit verbundenen Asymmetrien voraussichtlich noch verstärken wird. Aus kooperativer Sicherheit durch Zugeständnisse entsteht, so die zweite These, eine konfliktive Sicherheit durch Abhängigkeit.

1.1 Vorüberlegungen zum australischen Sicherheitsdiskurs

Das Umfeld der regionalen politischen Entscheidungen wird bestimmt durch die extremen Asymmetrien zwischen den politischen Einheiten, die sich analog Wendt

(2010:110) als „rump materialism“ kennzeichnen lassen und die als ein exogenes Moment mit einer Bedeutungszuweisung durch handelnde Akteure versehen sind. Der Vorgang der Bedeutungszuweisung unterstreicht die Funktion der Sprache als deren Medium und die Relevanz eines Diskurses als artikulatorische Praxis, die eine bestimmte Ordnung nicht abbildet, sondern sie produziert. Aussagen wie die des ehemaligen australischen Außenministers Downer, bei den pazifischen Inselstaaten handele es sich um „busted arse states“ (zitiert von Dobell 2012:33), geben unfreiwillig Auskunft darüber, wie australische Entscheidungsträger/-innen die pazifischen Inselstaaten wahrnehmen. So begründete Downers Regierungschef Howard seine Forderung nach dem Ausbau des australischen Militärs mit scheiternden Staaten in Australiens Nachbarschaft sowie mit der Annahme, deren Zahl würde in Zukunft zunehmen. Sein Nachfolger Rudd ging weiter, indem er unterstrich, dass ein Bedrohungspotenzial nicht nur durch diese Staaten entstehe, sondern auch dadurch, dass Australiens dortiger Einfluss zugunsten anderer externer Mächte (id est China) abnehme, was als weitere Sicherheitsbedrohung gewertet wurde (Dobell 2007:85f). Die politische Rhetorik hinsichtlich der als instabil, schwach und „teuer“⁵ wahrgenommenen pazifischen Inselstaaten war Bestandteil des australischen außenpolitischen Diskurses nach den Terroranschlägen in New York 2001, Bali 2002 und Jakarta 2004. Diese Rhetorik trug dazu bei, die Notwendigkeit

⁵ Ursprünglich wurden Entwicklungshilfe und andere Transferleistungen in die Region unabhängig von ihrer Wirkung und ohne Bedingungen geleistet (ähnlich agiert China heute). Dies änderte die Regierung Rudd mit einem als Port-Moresby-Erklärung bekannt gewordenen Richtungswechsel. Fortan sind Transferzahlungen an bestimmte Bedingungen wie *good governance*, Wirtschaftswachstum und Privatisierung geknüpft. Der Passus, die Kooperation basiere auf Partnerschaft, gegenseitigem Respekt und *gegenseitiger Verantwortung*, deutet diese neue Konditionalität an (Fry 2008:18). Trotz dieser Konditionalität werden die pazifischen Inselstaaten angesichts der hohen Transferleistungen pro Kopf als faule Nutznießer betrachtet, die australische Steuerzahler/-innen belasten. Der durchschnittliche Anteil von Entwicklungshilfe am BIP beträgt nach Daten der Weltbank in den pazifischen Inselstaaten gut 20 %, was das Potenzial einer versicherheitlichten Entwicklungszusammenarbeit für die Geberländer unterstreicht.

von Aktivitäten zu signalisieren und (lokale) Interventionen kommunikativ vorzubereiten (Holland 2010:645). Dieser Diskurs umfasst nicht nur klassische sicherheitspolitische Aspekte, sondern auch ökonomische und entwicklungspolitische (Wallis 2015:43, 52), sodass er insgesamt für eine „‘securitisation’ of Australian policy discourse“ (Burke 2008:208) steht.

Australien verbindet die Identitäten eines globalen *rule-taker* und eines regionalen *rule-maker*, der in einer besonderen regionalen Verantwortung steht, weswegen Australien das Recht oder sogar die Pflicht habe, für die Region zu sprechen, sie zu repräsentieren und sie zu führen (Fry 1996:2). Als *rule-taker* hingegen reagiert Canberra lediglich auf globale Strukturen und auf die „shifting great power dynamics in our region“ (De-war 2011:2). Diese ambivalente Position bestimmt Australiens Pazifikpolitik und begründet zugleich eine neue Deutung bzw. eine neue Bedeutungszuweisung australischen Handelns, das in diesem Sinne nicht mehr aus einer aktiven Position der Stärke agiert, sondern angesichts globaler Strukturen passiv reagiert. Dies unterstreicht die Bedeutung einer ambivalenten Sozialisation als *rule-taker* und als *rule-maker*, die bislang eher selten thematisiert wurde (Schultz 2014:564), obwohl sie den globalen Kontext berücksichtigt, der als „major shaper of Australia’s approach to order in the South Pacific“ (Wallis/Wesley 2016:26) eingestuft wird.

2. Lomé und Cotonou als globaler Strukturrahmen und dessen regionales Echo im Pazifik

Mit dem *General Agreement on Tariffs and Trade* (GATT) trat 1948 ein bedeutender Baustein des Nachkriegshandelsregimes von Bretton Woods in Kraft. Das GATT basiert auf den zwei Prinzipien der Reziprozität und der Nicht-Diskriminierung. Letzteres beinhaltet das Meistbegünstigungs- (*most favoured nation*, MFN) und das Inländerprinzip⁶. Analog dazu basierte der Vertrag von Lomé (1975) zwischen der Gruppe der AKP-Staaten und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf einer liberalen Grundidee, die um regulierende Komponenten erweitert wurde. Entwicklung durch Handel sollte durch nicht-reziproken Handel und eine Abschwächung des MFN gewährleistet werden. Die 1995 eingerichtete WTO reduziert Ausnahmen für Entwicklungsländer. Das Folgeabkommen von Cotonou (2002) verzichtet deshalb weitgehend auf das nicht-reziproke Referenzsystem mit allen AKP-Staaten, das sie einseitig begünstigte, und ersetzte dieses durch regionale und einzelstaatliche Abkommen (*Economic Partnership Agreements*, EPA). Im Gegensatz zu Lomé greift Cotonou bewusst neben ökonomischen auch politische Ziele auf und konditionalisiert sie, was auf das politische Instrumentalisierungspotenzial ökonomischer Vereinbarungen verweist. In diesem Zusammenhang sei auf die zeitgleich erschienene und vom ehemaligen australischen Außenminister Gareth Evans mitverfasste Arbeit über

die Erleichterung politischer und militärischer Interventionen verwiesen („*responsibility to protect*“, ICISS 2001). Dieser Verweis sei hier auch gerade vor dem Hintergrund der strukturellen Schwäche der pazifischen Inselstaaten angeführt. Damit zeigt sich eine potenzielle Überschneidung von Ökonomie und Sicherheitspolitik und daraus folgend eine Schnittmenge sicherheitspolitischer und ökonomischer Interessen (Altvater 2008:68).

1981 trat das *South Pacific Regional Trade and Economic Co-operation Agreement* (SPARTECA) in Kraft. Ziel war es, analog zu Lomé die wichtigsten regionalen Märkte Australiens und Neuseelands für die Waren aus den pazifischen Inselstaaten zu öffnen, deren fragile Ökonomien aber zugleich auch zu schützen (Ahmadu/Hughes 2006:400-402). Im Ergebnis stand ein nicht-reziprokes Abkommen, das die besonderen ökonomischen Nachteile der pazifischen Inselstaaten (kaum leistungsfähige, nur wenig ausdifferenzierte und kaum Steuereinnahmen generierende Binnenmärkte, große Abhängigkeit von Zolleinnahmen und Transfereinkommen, hohe ökonomische und ökologische Anfälligkeit sowie eine geographische Isolation fernab der Welthandelszentren und dadurch hohe Transportkosten) berücksichtigte. Zudem sind viele der PIS-Ökonomien durch die Abhängigkeit von Entwicklungshilfe, Überweisungen aus der Arbeitsmigration und die Bedeutung des Staates als Wirtschaftssubjekt und Arbeitgeber gekennzeichnet (sogenannte *Migration Remittance Aid* and *Bureaucracy-Ökonomien* – MIRAB) (Tisdell 2016). Fallen migrationsbedingte Einnahmen durch mangelnde regionale Freizügigkeit weg und vermindern sich freihandelsbedingt zugleich die dringend benötigten Zolleinnahmen, so hat dies gerade in MIRAB-Ökonomien zur Folge, dass der Staat als Wirtschaftssubjekt weniger investiert und als Arbeitgeber weniger Arbeit nachfragt. Die Einnahmeausfälle führen zu einer größeren Nachfrage nach Transfereinkommen, deren Instrumentalisierungspotenzial somit ansteigt.

Bereits in den späten 1980er Jahren drangen Neuseeland und Australien auf regionale Handelsliberalisierungen, nachdem sie ihre Handelsbeschränkungen über das *Australia-New Zealand Closer Economic Relations Trade Agreement* (1983) stetig abgebaut hatten. Auf regionaler Ebene folgte 2002 PACER, dessen Art. 6(3)(a) das Most Favoured Nation-Prinzip festschreibt. Danach sind Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Australien und Neuseeland aufzunehmen, wenn ein pazifischer Inselstaat über Freihandelsabkommen mit anderen entwickelten Nichtmitgliedstaaten des PIF verhandelt. Da sich die pazifischen AKP-Staaten nach Cotonou in den beginnenden Vorverhandlungen zu einem EPA mit der Europäischen Union befanden⁷, war dies der globale Schlüssel, der zum Öffnen der regionalen Freihandelstür benötigt wurde (Paterson/Virk 2014:29). Im Rahmen von PACER schloss die Mehrheit der pazifischen Inselstaaten zunächst noch ohne Australien und Neuseeland 2003 das *Pacific Island Countries Trade Agreement*

6 Unter Reziprozität werden Handelsbeziehungen verstanden, in denen Handelsvergünstigungen immer gegenseitig sein müssen. Das Prinzip der Nicht-Diskriminierung beinhaltet das Meistbegünstigungsprinzip, wonach einseitig gewährte Handelserleichterungen gleichzeitig für alle anderen gelten, und das Inländerprinzip, nach dem importierte Waren in einem Land gegenüber einheimischen Waren nicht schlechter gestellt sein dürfen.

7 Die Verhandlungen zwischen der EU und den pazifischen AKP-Staaten beschränken sich bislang auf Fidschi und PNG, da ein allgemeines EPA aller pazifischen Inselstaaten wegen Dissens über die Fischereipolitik scheiterte. Beide schlossen 2009 Interimsabkommen ab, vor allem, um ohne Rücksicht auf die Verbundenheit mit den anderen pazifischen Inselstaaten die wichtigen Zucker- (Fidschi) und Thunfischexporte (PNG) in die EU zu schützen. Fidschi verweigerte schließlich die Ratifizierung, während PNG 2011 unterzeichnete.

(PICTA) ab⁸ (Kiloe 2009:48), das als Testlauf für PACER Plus dient (siehe zum Überblick über die Handelsabkommen in Ozeanien Tabelle 1). Bis 2021 sollen hier alle Handelsbarrieren abgebaut sein.

Tabelle 1: Handelsabkommen in Ozeanien (nach Braxton 2009:6)⁹

	SPARTECA	PACER	PATCRA	EPA ¹⁰	WTO	MSG	PICTA
Australien	X	X	X		X		
Cookinseln	X	X		X			X
EU				X	X		
Fidschi	X	X		X	X	X	X
Kiribati	X	X		X			X
Marshallinseln	x	x		X			X
Mikronesien	X	X		X			X
Nauru	X	X		X			X
Neuseeland	X	X			X		
Niue	X	X		X			X
Palau	X	X		X			X
PNG	X	X	X	X	X	X	X
Salomonen	X	X		X	X	X	X
Samoa	X	X		X	X		X
Tonga	X	X		X	X		X
Tuvalu	X	X		X			X
Vanuatu	X	X		x	X	X	X

Der Art. 6 des Rahmenabkommens von PACER führt zu PACER Plus als dem eigentlichen Freihandelsabkommen. Die Verhandlungen zu PACER Plus begannen 2009; allerdings scheint der Vertrag immer mehr auf Widerstand zu stoßen. Wie auch schon bei den Verhandlungen zu den EPAs der EU sind es Fidschi und Papua-Neuguinea (PNG), die im Fokus stehen. PNG verweigerte die Unterzeichnung der Verträge am 14. Juni 2017 in Tonga, während Fidschi zumindest eine Nachverhandlung fordert. Fidschi verweigert sich, weil die Verträge zu einseitig seien, und PNG stellt fest, dass sie nicht den nationalen Interessen dienen (RNZ 2016, AFTINET 2017). Neben PNG und Fidschi hat auch Vanuatu angekündigt, PACER Plus nicht zu unterzeichnen (Bilaterals 2017).

2.1 Folgen des Freihandels für die pazifischen Inselstaaten

Die allgemeinen Folgen der EPAs als Blaupause für regionale Freihandelsabkommen wurden 2006 im sogenannten Lefort-Bericht analysiert (Lefort 2006). Im Einzelnen werden verschiedene Schocks prognostiziert (Morgantini 2006:8,15):

- **Haushaltsschock:** Die Zollfreiheit sorgt für Einnahmeverluste, die vorwiegend durch eine eher die ärmeren Bevölkerungsteile betreffende Mehrwertsteuererhöhung ausgeglichen

8 Die Marshallinseln und Palau haben das Abkommen nicht unterzeichnet. Nur die Cook Islands, Fidschi, Niue, Samoa, die Salomonen und Vanuatu haben ihre nationalen Gesetze abgeändert, um PICTA umzusetzen.

9 EPA: *Economic Partnership Agreements*, MSG: *Melanesian Spearhead Group (Trade Agreement)*, PACER: *Pacific Agreement on Closer Economic Relations*, PATCRA: *Papua New Guinea-Australia Trade and Commercial Relations Agreement*, PICTA: *Pacific Island Countries Trade Agreement*, SPARTECA: *South Pacific Regional Trade and Economic Cooperation Agreement*, WTO: *World Trade Organisation* (Australien, Neuseeland, Fidschi, PNG, Salomonen, Tonga, Samoa, Vanuatu).

10 Noch im Verhandlungsstatus.

wird. Während in *low income countries* der Anteil der im- und exportbezogenen Steuern zwischen 1975 und 2000 bei rund einem Drittel der gesamten Steuereinnahmen lag, machte dieser Anteil in *high income countries* im Durchschnitt lediglich rund drei Prozent aus (Baunsgaard/Keen 2005:7). Für die pazifischen Inselstaaten zeigen sich nach einer PIF-Studie (Soni et al. 2007:4) Einnahmeverluste, die die Abhängigkeit von Entwicklungsgeldern und damit die Möglichkeiten einer Einflussnahme stark erhöhen. Hiervon sind vor allem die schwächsten der pazifischen Inselstaaten betroffen (z.B. Tonga -27 Prozent), während Fidschi (-3 Prozent) und PNG (-2 Prozent) vergleichsweise wenige Verluste befürchten müssen.

- **Entwicklungs- und Regionalschock:** Durch wegfallende Importzölle erhöht sich der Import, was die wenigen eigenen Produkte vom Markt verdrängt. Im Agrarbereich kann diese Tendenz die Fähigkeit zur Selbstversorgung gefährden. Ebenso läuft der regionale Handel Gefahr, durch den großen Partner marginalisiert zu werden.
- **Demokratieschock:** Ähnlich den Verhandlungen zu TTIP werden auch im Pazifik Verhandlungen intransparent geführt. Eine zivilgesellschaftliche und parlamentarische Teilnahme ist wegen Zeitdrucks und oftmals auch wegen der für Kleinstaaten symptomatischen mangelnden (Verhandlungs-)Kapazitäten nicht gegeben. Die Verhandlungen sind bislang nicht ausreichend in demokratische Politikprozesse eingebettet.

Die theoretischen Annahmen für den freien Handel gehen davon aus, dass dieser mehr globales Wachstum und damit mehr Wohlstand für alle Länder erzeugen würde. Selbst bei einer ungleichen Verteilung der Gewinne wird angenommen, dass alle Beteiligten profitieren – nicht zuletzt auch die Entwicklungsländer durch komparative Kostenvorteile. Stoler u. a. (2008:109) gehen zwar davon aus, dass das bilaterale Handelsvolumen zwischen den pazifischen Inselstaaten und Australien und Neuseeland um bis zu 30 Prozent zunehmen könnte, unterstreichen aber auch, dass dieser Zuwachs nicht unbedingt zugunsten der pazifischen Inselstaaten ausfallen müsse, was die genannten Befürchtungen Fidschis stützt. Zwar wird auch Australien Zolleinbußen hinnehmen müssen, die in der Summe der Gesamteinnahmen aber kaum ins Gewicht fallen. In den pazifischen Inselstaaten hingegen bedrohen die Einnahmeverluste durch den Wegfall von Zöllen bei fehlenden Einkommenssubstituten die ökonomische Existenz und heben gleichzeitig die Bedeutung von Transfereinkommen und damit deren Instrumentalisierungspotenzial hervor.

Die pazifischen Inselstaaten sind in hohem Maße von ihren limitierten Binnenmärkten mit sehr hohem Subsistenzanteil und damit ohne große Steuerbasis sowie von ausgeprägter ökonomischer Offenheit geprägt, sodass staatliche Einnahmen vor allem aus Transfereinkommen und Zolleinnahmen generiert werden (Feeny 2010:11). Dies ist besonders angesichts der Bedeutung des öffentlichen Sektors zu berücksichtigen. Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Gesundheit sowie Strom- und Wasserversorgung laufen Gefahr einer drastischen Einschränkung, was nicht nur kurzfristige Auswirkungen hat, sondern langfristig auch die Position der pazifischen Inselstaaten auf dem Weltmarkt verschlechtert. Weniger Investitionen in die Bildung führen zu einer Reduzierung der Beschäftigungsmög-

lichkeiten im Ausland, was wiederum die für einige pazifische Inselstaaten lebensnotwendigen Heimüberweisungen schmälert. Fehlende Infrastrukturinvestitionen reduzieren die Attraktivität der pazifischen Inselstaaten als touristische Ziele, was die ohnehin fragilen lokalen Arbeitsmärkte belastet. Schließlich müssen auch die Handelsströme der pazifischen Inselstaaten untereinander beachtet werden, die mit ihren kaum ausdifferenzierten Märkten nur rund zwei Prozent des regionalen Handels ausmachen; lediglich 0,06 Prozent des Handelsvolumens der pazifischen Inselstaaten gehen in die EU (Schilder 2016:452). Neben den klassischen PIS-Handelspartnern Australien und Neuseeland sind es vor allem die Handelsbeziehungen mit China, Japan, Südkorea, Singapur und den USA, die für die pazifischen Inselstaaten entscheidend sind. Angesichts dieser eher niedrigen Werte des regionalen Handels stellt sich die Frage, welchen Mehrwert PICTA als ein Freihandelsabkommen zwischen den pazifischen Inselstaaten bzw. PACER Plus für die gesamte Region hat, gerade wenn Fidschi, PNG und Vanuatu tatsächlich nicht inkludiert sind.

Die wenigen einheimischen Industrien sind in den meisten Fällen nicht in der Lage, mit den nun günstigeren Anbietern aus Neuseeland und Australien zu konkurrieren. Zwar entlasten die sinkenden Preise die Konsument/-innen; zugleich sind aber die wenigen Arbeitsplätze in den heimischen Industrien gefährdet. Da die Ausbringungsmenge der in den pazifischen Inselstaaten erzeugten Produkte kaum die Menge der großen Handelspartner erreicht, besteht hier aufgrund des unterschiedlichen Stückkostenniveaus ein struktureller Nachteil, der bedingt durch die fehlenden staatlichen Einnahmen kaum noch kompensiert werden kann. Dies fällt umso mehr ins Gewicht, wenn die relativen Transportkosten bezogen auf die Ausbringungsmenge und die langen Transportwege mit betrachtet werden (Braxton 2009:13).

3. Der Pacific Plan: vom Freihandels- zum Sicherheitsregime

Das Verhältnis von globalen Strukturen und regionalen Reaktionen lässt sich im Pazifik nicht nur auf der ökonomischen Ebene beobachten, sondern auch auf der politischen. Regionalen Führungsmächten kommt die Rolle Ordnung stiftender Akteure zu (Betz 2012:210). Australien (und zu einem geringeren Teil Neuseeland) nimmt diese Rolle in Ozeanien aktiv wahr. Australiens Handeln war spätestens seit der Ankündigung Großbritanniens, sich aus der Region zurückzuziehen, darauf ausgelegt, die regionale Stabilität der alten Kolonialmacht durch eigenes Engagement zu erhalten. Dies war jedoch immer in das starre Konzept bipolarer Strukturen eingebettet. Australien agierte als eine Vormacht, die in Ansätzen altruistisch einen Mehrwert für die pazifischen Inselstaaten schuf und sich damit deren Gefolgschaft sicherte. Dies änderte sich mit dem Ende der Bipolarität und spätestens mit dem Erstarken des internationalen Terrorismus nach 9/11, die als sicherheitspolitische Zäsuren eine zeitliche Analogie zur ökonomischen Zäsur von Cotonou aufweisen. Mit den Terroranschlägen von Bali 2002 und Djakarta 2004 sowie mit dem Erstarken Chinas in der Region sind weitere Faktoren aufgetreten, die ein immer

proaktiveres Handeln Australiens erfordern, um die regionale Architektur zu stützen. Die bisherigen Konzepte kooperativer Sicherheit und bedingungsloser Entwicklungshilfe wurden von neuen Ansätzen der Intervention und konditionaler Hilfe abgelöst (Rumley 2006:38; Hameiri 2008). Zudem fasste Australien das Thema Sicherheit nun weiter, indem es neben den militärischen auch ökologische, ökonomische und soziale Bedrohungen einbezog. Grenzüberschreitende Kriminalität wie Drogenschmuggel und Menschenhandel fällt damit ebenso in dieses neue Sicherheitskonzept. Zwar wurden diese Bereiche auch schon vorher beachtet; die öffentliche Meinung ließ jedoch einen breiter angelegten Diskurs und die Durchsetzung von Hardliner-Meinungen nicht zu (Henderson 2006:177).

Der Wandel in der australischen Ozeanienpolitik lässt sich gut an den Ergebnissen der jährlichen PIF-Treffen ablesen. 1987 beschäftigten sich die Regierungschefs der PIF-Mitglieder erstmals mit Fragen regionaler Sicherheit. 1992 wurde die sogenannte Honiara-Erklärung abgegeben, die Sicherheitsbedrohungen vor allem in Form von internationaler Kriminalität wie Geldwäsche und Drogenhandel behandelte (Boister 2005:48). In der 1997 verabschiedeten Aitutaki-Erklärung wurden der Sicherheitsbegriff ausgedehnt, eine umfassendere Sicherheitskooperation vereinbart und erstmals Interventionsmechanismen diskutiert (Wallis 2016:28). 2000 folgte die als Wendepunkt bezeichnete Biketawa-Erklärung. Biketawa geht auf die typischen pazifischen Bedrohungsszenarien ein: Ethnische Spannungen, Streitigkeiten um den Zugriff auf Land, ökonomische Disparitäten sowie ein genereller Vertrauensverlust in ineffiziente und korrupte Regierungen wurden als die Hauptgründe für Konflikte festgestellt (Dinnen 2002:285). Die Militärputsche in Fidschi sowie Sezessionskonflikte in Vanuatu (Santo Rebellion) und PNG (Bougainville-Konflikt) wurden als Beleg angeführt. Das Konfliktpotenzial der sich seinerzeit zuspitzenden Krise auf den Salomonen wurde erkannt. Die Auseinandersetzung mit konkreten sicherheitspolitischen Themen war ein Novum, verstand sich das PIF bis dahin vor allem als eine Institution, die sich mit ökonomischen, sozialen und ökologischen Themen befasste, Sicherheitspolitik jedoch explizit ausklammerte. Dabei muss festgehalten werden, dass die Mittel zur Konfliktbeilegung, seien es diplomatische oder militärische, lediglich bei den beiden großen PIF-Mitgliedern Australien und Neuseeland ausreichend vorhanden sind. Schließlich deutet die Aufnahme sicherheitspolitischer Aspekte in das Aufgabenfeld des PIF auf den Bedeutungszuwachs von Regionen in einem multipolaren Globalsystem hin, das seit 1989 entsteht. Regionale Sicherheit war nicht mehr länger ein Derivat der Bipolarität des Kalten Krieges, sondern wurde zur Aufgabe regionaler Führungsmächte, die mit zunehmender Autonomie agieren. Der Zeitpunkt, zu dem sicherheitspolitische Themen auf die Agenda gesetzt wurden, war also kein Zufall, sondern die Reaktion auf globale Ereignisse.

Mit der Biketawa-Erklärung bekennen sich die PIF-Staaten zu Leitprinzipien, die bereits im Cotonou-Abkommen behandelt wurden: *good governance*, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Darüber hinaus beinhaltet Biketawa ein Verfahren für Konfliktsituationen (Angelo 2005:63). Nach einem Beihilfegesuch besteht die Unterstützungsleistung aus verschiedenen explizit beschriebenen und aufeinander aufbauenden Leistun-

gen und nach deren Ausschöpfung aus *gezielten Maßnahmen*. Diese sind im Gegensatz zu den vorhergehenden Maßnahmen nicht mehr klar geregelt, sondern von dem Ermessen und den Entscheidungen der PIF-Mitglieder abhängig und damit nicht mehr rechtlich begründet, sondern politisch determiniert (Blatt 2016:193). Berücksichtigt man, dass Australien und Neuseeland jeweils 37 % zum Budget des PIF beitragen und dass die Entscheidungsfindung auf Bestreben der beiden großen Partner nun nicht mehr konsensual, sondern mehrheitlich stattfindet, ermöglicht dieser neue Rahmen bislang nicht vorhandene Gelegenheiten für deren Interessendurchsetzung. Dass die ökonomisch und ökologisch anfälligen und fragilen pazifischen Inselstaaten dabei den Kurs ihres Hauptgebers und der wichtigsten Macht im PIF unterstützen, darf bei ihren strukturellen Problemen nicht als bloße Opportunität gewertet werden, sondern als strukturelle Überlebensnotwendigkeit. Es sei, so Tavares (2010:126), die bedeutendste Leistung des PIF, über Biketawa den Interessen Australiens und Neuseelands politische Legitimität verschafft zu haben. Schließlich kann Biketawa auch dahingehend interpretiert werden, dass die oben beschriebene *responsibility to protect* nun auch ihren regionalen Widerhall im Pazifik gefunden habe (Clements 2008:140).

Tavares' Zitat beschreibt die Wahrnehmung vieler pazifischer Inselstaaten, sie seien zu sehr von den beiden Regionalmächten abhängig. War die Gründung des PIF 1971 eine Reaktion der unabhängigen pazifischen Inselstaaten auf die von den ehemaligen Kolonialmächten 1947 gegründete *South Pacific Commission* (seit 1997 *Pacific Community*), so erregt die Dominanz vor allem Australiens im PIF Widerstand. Fidschi, das sich seit seiner Unabhängigkeit als Vormacht innerhalb der pazifischen Inselstaaten zu etablieren versucht (Holtz 2008:318ff), wurde 2009 wegen ausbleibender Wahlen nach dem Militärcoup 2006 vom PIF suspendiert. 2010 initiierte Fidschi die *Engaging with the Pacific* (EWTP)-Treffen, nachdem es versucht hatte, die subregionale *Melanesian Spearhead Group* (MSG) unter eigener Führung als Gegengewicht zum PIF aufzubauen. Vanuatu, das den Vorsitz in der MSG hatte, sagte daraufhin auf Druck Australiens das jährliche Treffen ab (Tarte 2015:80). Während des dritten EWTP-Treffens 2012 wurde beschlossen, das Pacific Islands Development Forum (PIDF) zu gründen, das seit 2013 besteht. Offiziell ist das PIDF der nachhaltigen Entwicklung der pazifischen Inselstaaten und der umweltfreundlichen Wirtschaft (Green Economy) verpflichtet. Es versteht sich als Stimme der Indigenen, weswegen es nicht nur unabhängigen Staaten offensteht, sondern auch Vertreter/-innen der noch abhängigen Gebiete sowie Vertreter/-innen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Ausdrücklich nicht vertreten sind Australien und Neuseeland. Finanziert wird das PIDF vor allem durch Gelder aus Kuwait, den Vereinigten Arabischen Emiraten und aus China (ebd.:83). Auffällig hierbei ist die Zusammensetzung der Mitglieder¹¹. Neben Australien und Neuseeland fehlen auch Samoa, die Cookinseln, Niue und PNG, was auf alte und aktuelle Rivalitäten zwischen PNG und Samoa einerseits und Fidschi andererseits zurückzuführen

ist sowie auf die Abhängigkeit der Cookinseln, Niue und auch Samoas von Neuseeland. Dazu ist anzumerken, dass Australien die pazifischen Inselstaaten allgemein drängte, nicht am PIDF teilzunehmen. Es wird deutlich, dass das PIDF inoffiziell hauptsächlich der Etablierung Fidschis als Herausforderer der australischen Dominanz dient (Dornan 2013). Die Unterstützung durch China, die von den engen – auch militärischen – Verbindungen Fidschis mit der Volksrepublik getragen wird, ist nicht nur ein weiterer Beleg des chinesischen Engagements in Ozeanien, sondern unterstreicht auch eine sich nun bietende Alternative zum PIF sowie zur australischen Hegemonie und steht damit sinnbildlich für die Erosion der regionalen Architektur.

Der Biketawa-Erklärung folgte 2002 die Nasonini-Erklärung, die die Folgen von 9/11 thematisierte. Schwacher Staatlichkeit, die Australien den PIS-Staaten unterstellt, wird ein Bedrohungspotenzial zugeschrieben, die ein Eingreifen von außen rechtfertigen kann.¹² Mit der Auckland-Erklärung 2004 wurde der *Pacific Plan* beschlossen. Die Hauptziele des Plans sind ökonomisches Wachstum, nachhaltige Entwicklung, *good governance* und Sicherheit. Die beiden letzten Ziele verweisen deutlich auf die Weiterentwicklung des PIF zu einer handlungsfähigen politischen Institution unter der Federführung Australiens. *Good governance* beinhaltet vor allem die Systemtreue der teilnehmenden Staaten und unterstützt das übergeordnete Ziel der Sicherheit, für das Biketawa steht. Für das ökonomische Wachstum sollen PACER Plus und PICTA sorgen, die, wenn auch bereits vorher angestoßen, durchaus auch als Teil des Plans zu verstehen sind. Dass die pazifischen Inselstaaten durch die neue Wirtschaftsdoktrin noch abhängiger von den beiden regionalen Vormächten werden können, erleichtert die Einflussnahme enorm. Biketawa ermöglicht auch militärische Interventionen, wie sie beispielsweise während der *Regional Assistance Mission to the Solomon Islands* (RAMSI) durchgeführt wurden. Der Plan zeigt deutlich, inwieweit die beiden Teilsysteme Politik und Wirtschaft zumindest in dieser Region miteinander verflochten sind und zur Durchsetzung von Interessen instrumentalisiert werden. Er schützt somit faktisch die bestehende Ordnung und die Vorherrschaft Australiens. Die umfassenden Teilgebiete des Plans und deren detaillierte Umsetzung lassen zudem die Frage zu, wie die in ihren Möglichkeiten zum Teil extrem limitierten pazifischen Inselstaaten dafür die entsprechenden Mittel und das geeignete Personal stellen sollen. Im Umkehrschluss bleibt nur die Feststellung, dass lediglich Australien und Neuseeland in der Lage sein werden, Mittel und Personal anzubieten und damit einen entsprechenden Einfluss auszuüben.

4. Fazit

Der kurze Abriss des ökonomischen Strukturwandels von Lomé zu Cotonou und sein regionaler Widerhall in Ozeanien unterstreichen den regionalen Einfluss globaler Strukturimperative, was sich in Ozeanien sowohl sicherheitspolitisch als auch ökonomisch zeigt. Die ausgeprägten Asymmetrien zwischen

11 Mitglieder sind bislang Fidschi, Kiribati, Marshallinseln, Mikronesien, Nauru, Salomonen, Osttimor, Tokelau, Tonga, Tuvalu und Vanuatu sowie die *Pacific Islands Association of Non-governmental Organisations* (PIANGO) und die *Pacific Islands Private Sector Organisation* (PIPSO).

12 Die Gleichsetzung schwacher Staatlichkeit mit Terrorgefahr wird für die pazifischen Inselstaaten kontrovers diskutiert. Während vor allem die Regierung Howard hier Parallelen sah, wurde eben diese Annahme kritisch hinterfragt (so z.B. von Greener-Barcham/Barcham 2006:67f).

Australien und den pazifischen Inselstaaten bestehen seit jeher. Allerdings haben sich mit den veränderten globalen Rahmenbedingungen ihre Bedeutungen verändert. So ist erklärbar, wie sich die australische Selbstverortung von einer kooperativen hin zu einer interventionistischen regionalen Führungsmacht verändert hat.

Den bestehenden Asymmetrien kommen dabei wichtige Funktionen zu.¹³ Das Ökonomische ließe sich nicht politisch funktionalisieren, wenn es nicht als Druckmittel gebraucht werden könnte. In symmetrischen Systemen wäre eine Androhung ökonomischer Sanktionen mit zu großen eigenen Kosten verbunden, was sich als Gleichgewicht der Einflussmöglichkeiten umschreiben lässt. Nur unter asymmetrischen Bedingungen kann direktiv Zwang ausgeübt werden – unter symmetrischen Bedingungen müsste überzeugt werden, was zwar nachhaltiger wäre, die Kosten und Dauer der Aktionen aber auch stark erhöhen würde.

Unter den bestehenden Asymmetrien können die pazifischen Inselstaaten vergleichsweise einfach beeinflusst und sanktioniert werden, ohne dass die Kosten dafür zu hoch sind. Mit dem Eingreifen Chinas, seiner Unterstützung für einzelne Staaten und das PIDF als Alternative zum australisch dominierten PIF sowie seiner zunehmenden militärischen Präsenz steigen die Kosten zum Erhalt des Status quo. Fidschis revisionistischer Kurs erhält durch die Partnerschaft mit Peking neues Gewicht. Australien steuert mit seiner maritimen Aufrüstung und der Liberalisierung des regionalen Wirtschaftssystems dagegen, obwohl die postulierten Vorteile des Freihandels in Ozeanien eher wenig ausgeprägt sein dürften und der Entwicklung der pazifischen Inselstaaten mutmaßlich sogar schaden. Die Freihandelspolitik offenbart sich damit neben dem konstitutionellen Umbau des PIF und den regionalen Interventionen als ein Teil der australischen Sicherheitspolitik, deren Ziel es ist, die Region zu stabilisieren und China regional auszugrenzen. Australien versucht, die ökonomischen Mechanismen zum Erhalt des regionalen Status quo zu nutzen, der die Position als regionale Führungs- und globale Mittelmacht sichert. Damit bestätigen sich die Thesen der sicherheitspolitischen Funktionalisierung des Ökonomischen und des Wandels von einer kooperativen *Sicherheit durch Zugeständnisse* zu einer konfliktiven *Sicherheit durch Abhängigkeit*.

Australien gilt als einer der engsten Verbündeten der USA, gerade auch im Pazifik. Ein starkes China im Pazifik widerspricht amerikanischen Interessen ebenso, wie es die australische Dominanz gefährdet. Dabei sieht sich Australien mit zwei grundlegenden Widersprüchen ihrer Pazifikpolitik konfrontiert: Die eigenen wirtschaftlichen Verbindungen mit China als Australiens größtem Handelspartner stehen den engen politischen Verbindungen zu den USA entgegen. Zweitens ist Australien als regionale Führungsmacht abhängig von der Gefolgschaft der pazifischen Inselstaaten, deren begrenzte Druckmittel vor allem darin bestehen, im Sinne eines *bandwagoning for profit* zu agieren und ihre Gefolgschaft anderen

Akteuren anzubieten, was die Stabilität und die Ordnung des Regionalsystems gefährdet und seine Struktur erodiert. Durch die gegenwärtige Politik der freien Märkte läuft Australien aber Gefahr, ihren Einfluss auf die pazifischen Inselstaaten gerade vor dem Hintergrund der chinesischen Präsenz noch mehr zu verlieren.

Stimmen, die anstatt PACER Plus eher ein SPARTECA Plus auflegen wollen, blieben bislang ungehört. Kritische Diskurse verweilen eher im Akademischen, obgleich viele regionale NGOs und einflussreiche Wissenschaftler/-innen vor den Folgen eines Freihandelsabkommens warnen. Eine Alternative zum gegenwärtigen Vorgehen bestünde in der Diskussion der erwähnten *responsibility to protect*, die im Sinne der pazifischen Inselstaaten nicht nur sicherheitspolitisch interpretiert werden sollte, sondern auch ökonomisch und entwicklungspolitisch im Sinne eines *arc of responsibility* (Wallis 2012). Der gegenwärtige Kurs in Ozeanien mag auf den ersten Blick effizient sein. Er ist jedoch nicht nachhaltig, weil damit zwar die Symptome regionaler Machterosion bekämpft werden, nicht aber deren strukturelle Ursachen, die sich vor allem aus den mangelnden Kapazitäten der pazifischen Inselstaaten ergeben und die ursächlich maßgeblich zur Destabilisierung der Region beitragen. Zwar werden Kleinheit und Distanz die kleinstaatlichen Kapazitäten und Handlungsfähigkeiten auch weiterhin beschränken, die Auswirkungen der strukturellen Ursachen könnten aber abgemildert und somit der regionalen Machterosion entgegengetreten werden. Im Gegensatz dazu birgt die angestrebte Freihandelspolitik in Ozeanien die Gefahr, die Neigung der pazifischen Inselstaaten zu unterstützen, noch stärker als bisher auf jene momentan machterodierenden und die regionale Stabilität gefährdenden Alternativen zu setzen, die China in der Region anbietet. Die Entwicklung und Implementierung des eben erwähnten SPARTECA Plus müsste wie sein Vorgänger SPARTECA die strukturellen Rahmen von als Staaten kaum lebensfähiger insularer Kleinstaaten aktiv mit berücksichtigen. Dies könnte neben einer einseitig bevorzugenden Wirtschaftspolitik unter Rückgriff auf das Konzept der geteilten Souveränität Krasners (2004, 2004b, 2005) auch eine politische Komponente aufweisen, indem kostenintensive Staatsaufgaben unter ausdrücklicher Wahrung der formalen rechtlichen Souveränität an einen treuhänderischen Wirt delegiert werden. Im Rahmen möglicher Interventionen sollte des Weiteren nicht nur wie im Falle des RAMSI-Einsatzes auf den Salomonen ein eher technisches *state-building* betrieben werden, sondern im Rahmen eines sehr viel längerfristig angelegten *nation-buildings* auch ein Bewusstsein für die Gesamtkonstruktion „Staat“ geschaffen werden, um nicht nur die Symptome des Konflikts zu bearbeiten, sondern seine Ursachen anzugehen.



Dr. phil. **Andreas Holtz**, Politikwissenschaftler an der Technischen Universität Kaiserslautern. Seine Schwerpunkte liegen in den Regionalstudien zu Ozeanien, der politikwissenschaftlichen Forschung zu Kleinstaaten und in der Schnittmenge von Politik und Kultur.

¹³ Dies gilt nicht nur für die Asymmetrien zwischen Australien und den pazifischen Inselstaaten, sondern auch für die Asymmetrien innerhalb der pazifischen Inselstaaten. So begründen die Asymmetrien zwischen den schwächsten pazifischen Inselstaaten und Fidschi dessen Vormachtstellung innerhalb der PIS.

Literatur:

- AFTINET (2017): PACER Plus Deal does not Benefit Pacific Islands, <http://aftinet.org.au/cms/node/1382> (18.06.17).
- Ahmadu, Mohammed L./Hughes, Robert A. (2006): Commercial Law and Practice in the South Pacific, London.
- Altvater, Elmar (2008): Globalisierter Neoliberalismus, in: Christoph Butterwegge/Bettina Lösch/Ralf Ptak (Hg.): Neoliberalismus – Analysen und Alternativen, Wiesbaden, 50-68.
- Angelo, Anthony H. (2008): The UN Charter and Regional Security: Is the PIF a Regional Organisation?, in: Kennedy Graham (ed): Models of Regional Governance for the Pacific: Sovereignty and the Future Architecture of Regionalism, Christchurch, 61-71.
- Baunsgaard, Thomas/Keen, Michael (2005): Tax Revenue and (or?) Trade Liberalization, IMF Working Paper 05/112, IMF Washington.
- Betz, Joachim (2012): Neue Regionale Führungsmächte und Dritte Welt, in: Detlef Nolte/Dirk Nabers/Daniel Flemes (Hg.): Macht, Führung und regionale Ordnung, Baden-Baden, 209-236.
- Bilaterals (2017): Vanuatu not Ready to Sign PACER Plus, <http://www.bilaterals.org/?vanuatu-not-ready-to-sign-pacer&lang=en> (18.06.17).
- Blatt, Henning (2016): The Pacific Islands Forum as a Peace and Security Policy Player in Oceania, in: Andreas Holtz/Oliver Hasenkamp/Matthias Kowasch (eds): A Region in Transition: Politics and Power in the Pacific Islands Countries, Saarbrücken, 185-226.
- Boister, Neil (2005): Regional Cooperation in the Suppression of Transnational Crime in the South Pacific, in: Geoff Leane/Barbara von Tigerstrom (eds): International Law Issues in the South Pacific, Aldershot, 35-93.
- Braxton, Nick (2009): PACER Plus and its Alternatives: Which Way for Trade and Development in the Pacific?, OXFAM, Auckland/Melbourne.
- Burke, Anthony (2008): Fear of Security – Australia's Invasion Anxiety, Melbourne.
- Carr, Andrew (2014): Is Australia a Middle Power? A Systematic Impact Approach, in: Australian Journal of International Affairs, 68(1), 70-84.
- Clements, Kevin (2008): Conflict Prevention: Does 'Responsibility to Protect' Fit into Biketawa?, in: Kennedy Graham (ed): Models of Regional Governance for the Pacific: Sovereignty and the Future Architecture of Regionalism, Christchurch, 134-158.
- Dewar, Scott (2011): Australia and China and the United States: Responding to Changing Power Dynamics, Canberra.
- Dinnen, Sinclair (2002): Winners and Losers: Politics and Disorder in the Solomon Islands 2000-2002, in: The Journal of Pacific History, 37(3), 285-298.
- Dobell, Graeme (2007): The Arc of Instability: the History of an Idea, in: Ron Huiskens/Meredith Thatcher (eds): History as Policy: Framing the Debate on the Future of Australia's Defence Policy, Canberra, 85-104.
- Dobell, Graeme (2012): From 'Arc of Instability' to 'Arc of Responsibility', in: Security Challenges, 8(4), 33-45.
- Dornan, Matthew (2013): Pacific Islands Development Forum Launch in Fiji, <http://devpolicy.org/pacific-islands-development-forum-launch-in-fiji-20130813/> (18.06.17).
- Dornan, Matthew/Brant, Philippa (2014): Chinese Assistance in the Pacific: Agency, Effectiveness and the Role of Pacific Island Governments, in: Asia & The Pacific Policy Studies, 1(2), 349-363.
- Feeny, Simon (2010): The Impact of the Global Economic Crisis on the Pacific Region, OXFAM, Melbourne.
- Fry, Greg (1996): Framing the Islands: Knowledge and Power in Changing Australian Images of the South Pacific, Department of International Relations, ANU Canberra.
- Fry, Greg (2008): Australia in Oceania: A 'New Era of Cooperation?', in: ders./Lorraine Elliott/William T. Tow/John Ravenhill (eds): Australian Foreign Policy Futures: Making Middle-Power Leadership Work?, Canberra, 9-20.
- Greener-Barcham, Beth K./Barcham, Manuhua (2006): Terrorism in the South Pacific? Thinking Critically about Approaches to Security in the Region, in: Australian Journal of International Affairs, 60(1), 67-82.
- Hameiri, Shahar (2008): Risk Management, Neo-Liberalism and the Securitisation of the Australian Aid Program, in: Australian Journal of International Affairs, 62(3), 357-371.
- Henderson, John (2006): Oceania and the New Security Agenda, in: Derek McDougall/Peter Shearman (eds): Australian Security After 9/11: New and Old Agendas, Aldershot, 173-188.
- Holland, Jack (2010): Howard's War on Terror: A Conceivable, Communicable and Coercive Foreign Policy Discourse, in: Australian Journal of Political Science, 45(4), 643-661.
- Holtz, Andreas (2008): Insulare Kleinstaatlichkeit als Struktur determinante am Beispiel der pazifischen Inselstaaten, Saarbrücken.
- Holtz, Andreas (2016): Regional Action in the Face of Global Turning Points and Regional Asymmetries, in: ders./Oliver Hasenkamp/Matthias Kowasch (eds): A Region in Transition: Politics and Power in the Pacific Islands Countries, Saarbrücken, 47-106.
- ICISS (International Commission on Intervention and State Sovereignty) (2001): The Responsibility to Protect, Ottawa.
- Kiloe, Ilan (2009): Free Trade in the South Pacific: An Overview, in: Journal of South Pacific Law, 13(1), 47-55.
- Krasner, Stephen D. (2004): Sharing Sovereignty: New Institutions for Collapsed and Failing States, in: International Security, 29(2), 85-120.
- Krasner, Stephen D. (2004b): The Hole in the Whole: Sovereignty, Shared Sovereignty, and International Law, in: Michigan Journal of International Law, 25(4), 1075-1101.
- Krasner, Stephen D. (2005): The Case for Shared Sovereignty, in: Journal of Democracy, 16(1), 69-83.
- Lefort, Jean-Claude (2006): Rapport d'Information déposé par la Délégation de l'Assemblée Nationale pour l'union Européenne sur la Négociation des Accords de Partenariat Économique avec les Pays d'Afrique, des Caraïbes et du Pacifique, l'Assemblée Nationale, Nr. 3251, Paris.
- Morgantini, Luisa (2006): Bericht über die Auswirkungen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) auf die Entwicklung (2005/2161 (INI)), Entwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments, A6-0053/2006, Strasbourg.
- Paterson, Mark/Virk, Kudrat (2014): The African, Caribbean, and Pacific (ACP) Group and the European Union (EU), Kapstadt.
- PIF (Pacific Islands Forum) (2000): Biketawa-Declaration, www.forumsec.org/resources/uploads/at-tachments/documents/Biketawa%20Declaration,%202028%20October%2020002.pdf (18.06.17), Suva.
- PIF (Pacific Islands Forum) (2001): Pacific Agreement on Closer Economic Relations (PACER), www.forumsec.org/resources/uploads/attachments/documents/PACER.pdf (18.06.17), Suva.
- PIF (Pacific Islands Forum) (2007): The Pacific Plan for Strengthening Regional Cooperation and Integration, www.forumsec.org/resources/uploads/attachments/documents/Pacific_Plan_Nov_2007_version1.pdf (18.06.17), Suva.
- RNZ (2016): Fiji PM Says PACER Too One-Sided and Restrictive, <http://www.radionz.co.nz/international/pacific-news/316177/fiji-pm-says-pacer-too-one-sided-and-restrictive> (18.06.17).
- Rumley, Dennis (2006): Australia's Arc of Instability: Evolution, Causes and Policy Dilemmas, in: The Otemon Journal of Australian Studies, 32(1), 37-59.
- Schilder, Klaus (2016): The Economic Relations between the Pacific and the EU: Negotiations for an Economic Partnership Agreement Exemplified by the Fisheries Sector, in: Andreas Holtz/Oliver Hasenkamp/Matthias Kowasch (eds): A Region in Transition: Politics and Power in the Pacific Islands Countries, Saarbrücken, 451-474.
- Schultz, Jonathan (2014): Theorising Australia-Pacific Islands Relations, in: Australian Journal of International Affairs, 68(5), 548-568.
- Soni, Nikunj/Harries, Belinda/Zimmer-Toa, Betty (2007): Responding to the Revenue Consequences of Trade Reforms in the Forum Island Countries, Port Vila.
- Stewart, Cameron (2016): The Sound of Silence — Why Germany Lost its Subs Bid, in: The Australian vom 30.05.2016, <http://www.theaustralian.com.au/national-affairs/defence/the-sound-of-silence-why-germany-lost-its-subs-bid/news-story/4b3d69b49a8371e9837ed59e4f0aac2> (18.06.17).
- Stoler, Andrew/Prasad, Biman Chand/Soni, Nikunj/Gallagher, Peter/Hathaway, C. Michael/Baigent, Heather/Malua, Margaret/Donaldson, Victoria/Nasey, Wadan/Redden, Jim (2008): Research Study on the Benefits, Challenges and Ways Forward for PACER Plus, The University of Adelaide, Institute for International Trade, Adelaide.
- Tarte, Sandra (2015): A New Pacific Regional Voice? The Pacific Islands Development Forum, in: Greg Fry/Sandra Tarte (eds): The New Pacific Diplomacy, Canberra, 79-88.
- Tavares, Rodrigo (2010): Regional Security: The Capacity of International Organizations, Abingdon/New York.
- Tisdell, Clement A. (2016): The MIRAB Model of Small Island Economies in the Pacific and Their Security Issues, in: Andreas Holtz/Oliver Hasenkamp/Matthias Kowasch (eds): A Region in Transition: Politics and Power in the Pacific Islands Countries, Saarbrücken, 431-450.
- Wallis, Joanne (2012): The Pacific: From 'Arc of Instability' to 'Arc of Responsibility' and then to 'Arc of Opportunity?', in: Security Challenges, 8(4), 1-12.
- Wallis, Joanne (2015): The South Pacific: 'Arc of Instability' or 'Arc of Opportunity?', in: Global Change, Peace & Security, 27(1), 39-53.
- Wallis, Joanne (2016): Is Oceania a Regional Security Complex?, in: Andreas Holtz/Oliver Hasenkamp/Matthias Kowasch (eds): A Region in Transition: Politics and Power in the Pacific Islands Countries, Saarbrücken, 17-46.
- Wallis, Joanne/Wesley, Michael (2016): Unipolar Anxieties: Australia's Melanesia Policy after the Age of Intervention, in: Asia and the Pacific Policy Studies, 3(1), 26-37.
- Wendt, Alexander (2010): Social Theory of International Politics, 14th ed 2010, Cambridge.